

VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Sonderausgabe "Frieden und Abrüstung"

Einzelpreis: 40 Pfg. Solidaritätspreis: 60 Pfg.

Die Aufrüstung geht weiter. Weltweit wurden im Jahre 1980 1.000.000.000.000,- (= 1 Billion = 1.000 Milliarden) DM an Rüstungsausgaben verschwendet. Die nukleare Gesamtsprengkraft der Erde beträgt gegenwärtig 50.000 Megatonnen oder 3,5 Millionen Hiroshima-Bomben. Die Menschheit ist jetzt schon 690mal vernichtbar.

Auf der Nordhalbkugel der Erde kommen auf jede Stadt mit über 50.000 Einwohnern 1.000 Hiroshima-Bomben. Ein einziges "Polaris"-U-Boot trägt eine Explosivkraft, die 9.600.000 Tonnen des herkömmlichen Sprengstoffs TNT entspricht. Das ist mehr als während des gesamten 2. Weltkrieges an Munition verschossen wurde! In einem Atomkrieg würde in 1 Sekunde mehr Sprengstoff verschossen, als im ganzen 2. Weltkrieg.

Auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung sollen jetzt die atomaren Vernichtungskapazitäten in Europa noch weiter erhöht werden. Mit den 6.000 atomaren Sprengköpfen der NATO, die alleine in der BRD stationiert sind, und mit dem Mittelstreckenpotential der UdSSR könnte Europa schon jetzt in ein Trümmerfeld verwandelt werden.

Doch jetzt geistert in den Köpfen der amerikanischen Generale und Militärtechnokraten bereits die hirnrisige Idee vom "atomaren Erstschlag" und vom "begrenzt führbaren Atomkrieg" herum: mit den neuen "Pershing II" und den "Cruise Missiles" sollen die Bevölkerungs- und Militärentzen der westlichen UdSSR treffsicher vernichtet werden können. Der Einsatz von Neutronenbomben in Europa, wie ihn die US-Regierung vorbereitet, würde zwangsläufig einen atomaren Gegenschlag auslösen.

Mit diesem Rüstungswahnsinn muß jetzt Schluß gemacht werden. Aufrüstung und gegenseitige Vernichtung lagen noch nie im Interesse der arbeitenden Bevölkerung aller Länder.

Nein zu Neutronenbombe und Atomraketen

FRIEDEN DURCH SOZIALISMUS

SPD-Linke muss NEIN zur Nachrüstung durchsetzen!



Die Urheber der NATO-"Nach"-rüstung nehmen bewußt in Kauf, daß Mitteleuropa zum Schauplatz eines atomaren Vernichtungskrieges werden könnte. Mit dem Zuckerguß von angeblichen Abrüstungsverhandlungen soll uns die Stationierung neuer Atomraketen im Rahmen des "Doppelbeschlusses" schmackhaft gemacht werden.

Dagegen haben sich schon große Teile der SPD und der Gewerkschaften ausgesprochen. Die SPD-Linke muß alles daransetzen, um auf dem Bundesparteitag im Frühjahr 1982 eine klare Mehrheit gegen den "Doppelbeschluss" zu erreichen. Doch "Abrüstungsverhandlungen" zwischen den Herrschenden in Ost und West bis hin zu SALT II haben noch nie eine echte Abrüstung gebracht. Nicht Reagan, Thatcher und Breschnew, sondern nur die Einheit der internationalen Arbeiterbewegung kann Frieden und Abrüstung garantieren.

* Beendet das Wettüsten!

* Nein zum NATO-"Doppelbeschluss"!

* Nein zur Aufrüstung auf dem Rücken der Arbeiter!

* Für den Sturz der Herrschenden in Ost und West!

* VORAN zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und der Welt!

* Frieden durch weltweiten Sozialismus!

Wusstet Ihr schon

Statt eines nuklearen U-Bootes könnte für 74.000 Familien in der 3. Welt Wohnungen gebaut werden. Die Kosten der bisher abgestürzten Starfighter würden ausreichen, um alle Seen und Flüsse in der BRD von Umweltverschmutzung und -vergiftung zu befreien.

WETTÜSTEN - WARUM?

Die Spitze des Eisberges bei der weltweiten militärischen Aufrüstung ist der Rüstungswettlauf zwischen den USA und der UdSSR (bzw. ihren Militärböcken NATO und Warschauer Pakt). Was sind eigentlich die Ursachen für den wahnwitzigen Rüstungswettlauf?

In Ost und West bestehen zwei fundamental unterschiedliche und gegensätzliche Gesellschaftssysteme. Auf der einen Seite der "real existierende Sozialismus": auf der Grundlage zentraler Planwirtschaften übt eine allmächtige und privilegierte Bürokratie ihre Diktatur aus. Auf der anderen Seite stehen die "westlichen Marktwirtschaften": kapitalistisch-imperialistische Staaten unter der Herrschaft von Finanzkapital und wenigen Großkonzernen auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln. Privateigentum der hauptsächlichlichen Produktionsmittel ist unvereinbar mit einer zentralen Planwirtschaft. Deswegen stehen sich die Systeme unversöhnlich gegenüber. Die

Wusstet Ihr schon

Pro Sekunde werden in der BRD 1.125,- DM für Rüstung ausgegeben. Die weltweiten Rüstungsausgaben entsprechen dem Dreifachen der Gesundheitsausgaben, dem Doppelten der Ausgaben für Erziehung und Bildung und dem 30fachen der Entwicklungshilfe.

Herrschenden der beider Seiten - hier Kapitalisten, dort Bürokraten - betrachten sich gegenseitig mit äußerstem Mißtrauen.

Die Kapitalisten wissen zwar, daß die stalinistischen Diktatoren des Ostblocks nicht gerade eine magnetische Anziehungskraft auf die westlichen Arbeiter ausüben. Trotzdem geben sie sich baurührt über das angebliche "Moskauer Streben nach der Weltrevolution". Vor allem fürchten sie das große wirtschaftliche Potential, das (trotz Mißwirtschaft, Korruption und Fehlplanungen) in einer Planwirtschaft steckt. Je mehr Völker der Dritten Welt sich aus den Klauen des Imperialismus befreien und je öfter die Führungen dieser Befreiungsbewegungen die westlichen Konzerne enteignen und sich zwecks internationaler Unterstützung an die sowjetische Bürokratie wenden, desto größer muß der Haß der Imperialisten auf das stalinistische Weltssystem werden.

Andererseits wissen die Ostblockbürokraten genau: nur allzugerne würde der Imperialismus ihre Planwirtschaften vernichten, könnte er sich eine realistische Chance dafür ausrechnen. Sie erinnern sich: schon zweimal hat der Imperialismus die Sowjetunion angegriffen. Ab 1918 drangen 21 verschiedene Armeen von allen Seiten in Rußland ein, um den noch jungen Arbeiterstaat zu vernichten. Und 1941 überfiel der Hitlerfaschismus das Land. Beim ersten Einmarsch hatte noch keine privilegierte Bürokratie die staatliche Allmacht an sich gerissen. Die Sowjetunion war noch ein relativ gesunder Arbeiterstaat, aber geschwächt von Krieg und Revolution und ohne große militärische Macht. Begleitet von einer militäri-

schen Gegenwehr wurden die imperialistischen Truppen damals nicht zuletzt mit ideologischen und politischen Waffen zurückgeschlagen.

Die revolutionäre Regierung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte richtete Aufrufe, Flugblätter und Propaganda an die ausländischen Soldaten und an die Arbeiterklasse in deren Heimatländern, mit Aufforderungen zum Desertieren und Meutern, zu Streiks und Demonstrationen gegen den Vormarsch auf Moskau. Das zeigte Wirkung. Es zwang die Imperialisten schließlich zum Abbruch ihres Einmarsches...

Heute herrscht in der UdSSR eine privilegierte Bürokratie. Diese kann natürlich nicht mehr auf Appelle an die internationale Solidarität der Arbeiter vertrauen. Solche Appelle können aus ihrem Munde überhaupt keine Wirkung haben. Arbeiter in Ost und West haben nämlich einen gesunden Haß auf alle stalinistischen Diktatoren.

Deshalb kann sich die Sowjetbürokratie bei der Verteidigung ihrer Macht und ihres Systems (auf dem diese Macht beruht) gegen imperialistische Bedrohung nur noch auf die Stärke ihres militärischen Apparates verlassen und muß sich am gigantischen Rüstungswettlauf mit den USA beteiligen. 14% des Volkseinkommens gehen dabei drauf und hemmen eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung.

Seit 1945 hat sich das politische und das militärische Kräfteverhältnis (bezogen auf konventionelle Waffen!) zwischen Ost (Stalinismus) und West (Imperialismus) grundlegend verändert. Entgegen den Erwartungen der Imperialisten ging der Sta-

linismus gestärkt aus dem 2. Weltkrieg hervor. Halb Europa war dem imperialistischen Einflußbereich entzogen; Osteuropa wurde nach dem Spiegelbild Moskaus umgeformt; stalinistische Staaten auf der Grundlage einer Planwirtschaft (mit einer privilegierten Bürokratie an der Spitze entstanden in Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien, der CSSR und der DDR).

Der amerikanische Imperialismus mußte retten, was zu retten war. Der Atombombenabwurf durch die USA auf Hiroshima und Nagasaki - für den militärischen Ausgang des Krieges längst nicht mehr entscheidend! - war in erster Linie ein Warnschuß gegen den "Noch-Verbündeten", die Sowjetbürokratie. Er sollte zeigen: "Seht her, was wir gegen Euch einsetzen können, wenn Ihr die unter uns abgesprochenen Einflußsphären nicht beachtet!"

Die ganze Nachkriegszeit war gekennzeichnet von einer Niederlage nach der anderen, die der Imperialismus (trotz wirtschaftlichem Aufschwung in seinen Metropolen!) in seinen Kolonien hinnehmen mußte. Die USA, Großbritannien, Frankreich, Portugal und die anderen Kolonialmächte mußten sich militärisch aus ihren Kolonien zurückziehen (bzw. wurden nach z. T. langen Kämpfen sogar militärisch geschlagen).

Die Aufregung der westlichen Imperialisten über die "Menschenrechtsverletzungen" durch die Sowjet-Bürokraten ist total heuchlerisch. Sie haben nicht das geringste Recht, mit dem Finger darauf zu zeigen. Sie selbst können eine "stolze" Tradition von Blut, Unterdrückung und Völkermord vorweisen (Vietnam, Hiroshima!).

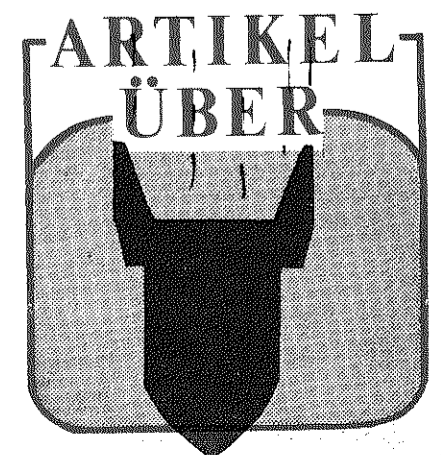
Für die sowjetische Bürokratie ist die atomare Bewaffnung eine Schutzvorkehrung gegen den Imperialismus, der die Atomwaffen überhaupt erst erfand und auch zuerst einsetzte.

Für die USA und die imperialistischen Mächte war die atomare Bewaffnung der Ausweg, als die Sowjetunion bei den konventionellen Waffen eine enorme Überlegenheit zu erreichen drohte.

Ebensowenig wie Reagan und die westlichen Kapitalisten sind Breschnew und die östlichen Bürokraten Sachverwalter des Friedens. Ihre Armeen sind in erster Linie Instrumente zur Aufrechterhaltung ihrer Vorherrschaftsgebiete, ihrer Macht, ihres Besitzes und ihrer Privilegien.

Sie dienen der Unterdrückung der Arbeiter, falls diese es mal wagen sollten, "rebellisch" zu werden.

Erst wenn die Arbeiter der Welt es schaffen, die Kapitalisten im Westen und die Bürokraten im Osten zu stürzen, kann das Wettüsten endgültig beendet und die Waffenarsenale der Erde verschrottet werden.



Millionen Arbeiter und Jugendliche fordern Abrüstung

Wie kann sich die Friedensbewegung

Reichen Appelle und Demonstrationen aus?

Die ungebremste Aufrüstung auf der Welt bei gleichzeitiger Sparpolitik im sozialen Bereich, NATO-Atomraketen, Neutronenbombe, blühender Waffenhandel, die scharfe US-amerikanische Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan — all dies hat in der Bundesrepublik eine neue Friedensbewegung in Gang gesetzt.

Rüstung und Krise

Schon vor dem 1. und 2. Weltkrieg gab es ähnliche Bewegungen mit ähnlichen Forderungen und Vorsätzen. Das Massenmorden könnte dadurch jedenfalls nicht verhindert werden. "Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise und die sozialen Schwierigkeiten — das wird immer klarer — haben ihre Ursache im wesentlichen im ständigen Wettrüsten, " heißt es in dem von linken Sozialdemokraten initiierten "Bielefelder Appell". Also sind Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und soziale Konflikte maßgeblich auf das Wettrüsten zurückzuführen? Und nicht mehr auf die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsordnung? Ist es nicht so, daß gerade die Jagd nach Profit in dieser chaotischen Marktwirtschaft zu all den Mißständen führt, die wir jeden Tag am eigenen Leibe spüren? Sicher, die Verschwendung von Unsummen für die Rüstung hemmt die Wirtschaftsentwicklung und verschärft die Krise. Aber wenn das Wettrüsten die hauptsächliche Ursache für Krisen und soziale Schwierigkeiten wäre — warum leiden dann andere Länder mindestens ebenso stark an der Wirtschaftskrise wie die BRD, obwohl sie (im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftskraft) viel weniger für die Rüstung ausgeben? Japan beispielsweise hat viel geringere Rüstungsausgaben und gleichzeitig 3 Millionen Arbeitslose! Auch Dänemark und Italien geben einen



geringeren Prozentsatz des Brutto- sozialprodukts für das Militär aus und haben doch höhere Arbeitslosen- und Inflationsraten.

Das Wettrüsten ist nicht die Ursache für Wirtschaftskrisen. Die Verschwendung von Material und Arbeitskräften stellt allerdings eine riesige wirtschaftliche Belastung dar, was unseren Lebensstandard drückt. Dem Wettrüsten liegen in erster Linie politische Ursachen zugrunde. Solange im Westen eine kleine Minderheit von Kapitalisten und im Osten die stalinistische Bürokratie herrschen, wird es in ihrem Interesse liegen, sich gegen ihren jeweiligen "inneren" (= die Arbeiter) und "äußeren" Feind aufzurüsten. Oder hat jemals in der Geschichte eine herrschende Klasse oder Clique freiwillig auf ihre Macht verzichtet?

Und gerade in der Wirtschaftskrise sehen sich die Kapitalisten gezwungen, ihren Militär- und Polizeiapparat weiter aufzurüsten. Sie wissen, daß die Arbeiter sich auf Dauer nicht den ganzen Lebensstandard wegnehmen lassen und bereiten sich somit auf schärfere Auseinandersetzungen

vor.

10 Prozent abrüsten?

"Mit zunehmender Aufrüstung wird ein neuer Krieg wahrscheinlicher. Abrüstung vermindert die Kriegsgefahr. Eine 10%ige Senkung der Rüstung ist schon ein erster wichtiger Schritt."

Auch diese Meinung ist weit verbreitet. Natürlich sollten wir um jede Mark Einsparung an den Rüstungsausgaben kämpfen, die einer Erhöhung der Sozialausgaben zugute kommt. Aber die Kriegsgefahr sinkt nicht automatisch mit den Rüstungsausgaben. Denn selbst bei einer 50- oder gar 80%igen Abrüstung in aller Welt wäre immer noch genug Waffenpotential vorhanden, um die ganze Menschheit auszurotten.

Die Kapitalisten führen nicht Kriege, weil sie Waffen haben. Sie schmieden sich Waffen, weil für sie der Krieg nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln darstellt.

Und wenn es im Interesse der Kapitalisten liegt, Kriege zu führen, dann gäbe es ja auch ohne

die Militärmaschinerie auf der Welt immer noch genug andere potentielle Mordwerkzeuge.

Rüstungslobby

Sicher haben die Rüstungskonzerne ein besonderes, nahe liegendes Interesse an der Aufrüstung.

Die Rüstungslobby hat auch schon Verträge durchgesetzt, die selbst vom bürgerlichen militärischen Standpunkt aus unsinnig sind. Durch ihren starken Einfluß hat die Rüstungsindustrie oft die Bundeswehr mit Geräten und Waffen "versorgt", die sofort (und nicht erst nach ein paar Jahren) verschrottet werden konnten. Doch an ihrem handfesten Interesse alleine kann es nicht liegen, wenn auferüstet wird. Wären die anderen Kapitalisten wirklich so friedliebend, würden sie dann nicht gemeinsam die Rüstungsindustrie stützen? — Mit Moral läßt sich diese Frage nicht klären.

Der einzelne Rüstungskapitalist ist nicht brutaler oder bösertiger als seine "Kollegen" aus anderen Branchen auch. Vielleicht ist er sogar richtig nett zu seiner

Familie. Ihm geht es in erster Linie um seinen Profit. Wenn er aus der Produktion von "Friedensengeln" für den Weihnachtsbaum oder Bibeln mehr Profit heraus schlagen könnte, würde er wohl dort einsteigen. Aber weil alle Kapitalisten ein gemeinsames Interesse an der Verteidigung ihrer Macht und ihres Besitzes haben, kommt für sie eine entscheidende "Abrüstung" nicht in Frage.

"Ostpolitik" und "Entspannung"

Viele aktive Kollegen in der "Friedensbewegung" können sich noch an die große Begeisterung für die Brandt'sche Ostpolitik vor 10 Jahren erinnern und fordern eine Rückkehr zur guten alten "Entspannungspolitik" der 70er Jahre. Damals verkörperte die Regierung Brandt die Hoffnungen von Millionen auf ein neues Zeitalter von Frieden und Fortschritt.

Und sicherlich müssen wir alle Verbesserungen in den Reise- möglichkeiten und menschlichen Kontakten unterstützen und begrüßen, daß mit dem Anspruch der CDU/CSU auf die "Ostprovin-

Sind "Friedensverträge" zuverlässig?

Fast so alt wie die Kriege selbst sind die Versuche der herrschenden Klassen, ihre Fehden durch Reglementierung zu "vermenschlichen". Seit Ende des 19. Jahrhunderts gibt es darüber hinaus Versuche, das Rüstungspotential zu begrenzen.

Dahinter steckt die Furcht der Herrschenden aller Länder vor einer starken Belastung der eigenen Wirtschaft und vor einer sozialen Revolution, die durch einen verheerenden Krieg ausgelöst werden kann.

Während des 1. Weltkrieges mußte die herrschende Klasse die Erfahrung machen, daß gerade der Krieg der Geburtshelfer der russischen Revolution war und in ganz Europa die Flammen der Revolution aufloderten. Aus Angst vor dieser Revolution verkündete der amerikanische Präsident Wilson im Januar 1918 die "Demokratische Weltrevolution". Er forderte die Gründung eines Völkerbundes für Europa zur Schaffung des Weltfriedens. Offiziell wurde der Völkerbund dann auch auf der Versailler "Friedenskonferenz" 1919 gegründet.

Der deutsche Kapitalismus war nicht bereit, das Versailler Friedensdiktat mit den hohen Reparationszahlungen und Gebietsabtrennungen auf

Dauer hinzunehmen. An Krieg war jedoch vorerst nicht zu denken. Deshalb verfolgte der deutsche Imperialismus in der Weimarer Republik die Strategie, mit seinen Rivalen Frieden zu schließen, um alle Hände frei zu haben für eine militärische Aufrüstung.

Deutschland unterzeichnete 1925 mit Frankreich, Belgien und Großbritannien den Sicherheitspakt von Locarno. Darin wurde die ausdrückliche Verpflichtung abgelegt, "in keinem Fall zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Krieg gegeneinander zu schreiten."

Vor Unterzeichnung dieses Vertrages teilte Reichskanzler und Außenminister Stresemann dem ehemaligen deutschen Kronprinzen schriftlich mit, daß der Kriegsverzicht gegen Frankreich zur Rückgewinnung Elsaß-Lothringens "aber insoweit nur theoretischen Charakter hat, als keine Möglichkeit eines Krieges gegen Frankreich besteht."

In demselben Brief werden entgegen der öffentlichen Friedensbetuierung "3 große Aufgaben" der deutschen Außenpolitik formuliert:

1. "Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinn";

2. "Befreiung der 10 bis 12 Millionen Deutschen, die unter fremdem Joch in fremden Ländern leben";

3. "Korrektur der Ostgrenzen".

Das war die Kriegserklärung des deutschen Imperialismus gegen ganz Europa, lange bevor Hitler an der Macht war.

Der gleiche Stresemann hielt anläßlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund 1926 eine flammende Rede für den Frieden. Er warnte insgeheim vor der "Utopie, mit dem Bolschewismus zu kokettieren" und unterzeichnete gleichzeitig mit Stalin 1926 einen deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrag.

Hitler setzte in den ersten Jahren nach seiner Machtergreifung diese Taktik fort. Im Oktober 1933 bekundete Hitler in einem "Aufruf an das deutsche Volk" den "Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben". 1934 unterzeichnete Hitler und der polnische Diktator Pilsudski einen Nichtangriffspakt. 1935 schloß Hitler mit England ein Rüstungsbegrenzungsabkommen über Kapazitäten bei U-Booten und der Hochseeflotte. 1939 kommt es schließlich zum Hitler-Stalin-Pakt, der den gegenseitigen Nichtangriff

und die Aufteilung Potens zum Inhalt hatte.

Kein einziger Vertrag hinderte den Hitler-Faschismus daran, nach Schaffung der politischen Voraussetzungen und der militärischen Stärke sämtliche Verträge zu brechen und einen barbarischen Krieg anzuzetteln.

Doch auch bei den übrigen kapitalistischen Staaten konnte die Mitgliedschaft im Völkerbund und der Abschluß verschiedener internationaler Verträge nicht über ihre kriegerischen Absichten hinwegtäuschen.

1921/22 einigten sich die Großmächte (ohne Deutschland) auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz auf die Festsetzung ihrer Flottenstärken, die Garantie des Besitzstandes im Pazifik und die Souveränität Chinas. 1928 kam es zum Abschluß des Briand-Kellogg-Paktes, der bis 1929 von 54 Staaten unterzeichnet wurde. Alle verpflichteten sich zur Ächtung des Krieges.

Anfang 1930 fand in London eine Flottenkonferenz der Großmächte statt. Vereinbart wurde der Verzicht auf den Bau neuer Schlachtschiffe bis 1936 und die Beschränkung im U-Boot-Bau.

Aber weder Völkerbund noch Friedens- und Abrüstungsverträge verhinderten den Krieg Japans gegen China ab 1931, die Eroberung Abessinien (heutiges Äthiopien) durch Italien oder den Krieg zwischen den USA und Japan ab 1941.

Ein weiteres Beispiel für die Nichteinhaltung internationaler Abkommen ist das Genfer Protokoll von 1925. Darin wurde in Anbetracht der verheerenden Auswirkungen von Senfgas und Gelbkreuz im 1. Weltkrieg das Verbot erstickender und anderer Gase für Kriegszwecke beschlossen. Dies hinderte England nicht daran, Senfgas im 2. Weltkrieg einzusetzen, abgesehen davon, daß der Hitler-Faschismus in den Konzentrationslagern Millionen von Menschen durch Gase tötete.

Trotz des völligen Scheiterns des Völkerbundes wurde nach dem 2. Weltkrieg wiederum die Mißgeburt einer Friedensorganisation ins Leben gerufen — die UNO. Trotz ihres Anspruchs "kommende Generationen von der Geißel des Krieges zu befreien" gab es seit dem 2. Weltkrieg bisher über 200 Kriege auf der Welt mit 25 Millionen Todesopfern.

durchsetzen?

zen" endlich Schluß gemacht wurde.

Eine Tendenz zum friedlichen Nebeneinander zwischen den Herrschenden in Ost und West gibt es schon seit 1945. Natürlich brauchen die westlichen Kapitalisten zu ihrer Rechtfertigung das Feindbild des bösen, aggressiven Russen und das abschreckende Beispiel eines Sozialismus ohne elementare Rechte und Freiheiten. Und die stalinistischen Bürokraten drohen ihren Arbeitern gegenüber mit der imperialistischen Militärmaschinerie und rechtfertigen damit ihre totalitäre Herrschaft.

Trotz aller Propagandaphrasen und Feindbilder haben die Mächtigen in Ost und West eines gemeinsam: Die Angst vor der Revolution in irgendeinem Industrieland, die zu einer echten Arbeiterdemokratie führen würde. Denn das würde die Arbeiter der anderen Länder begeistern und wäre somit der Anfang vom Ende für Kapitalismus und Stalinismus.

Kapital für "Aussöhnung"

Dieselben Großkapitalisten und Bankiers, die Hitler an die Macht gebracht und seinen Krieg gegen die Sowjetunion unterstützt hatten, entdeckten Ende der 60er Jahre ihr Interesse an einer Aussöhnung mit dem Osten. Das Geschäft mit Osteuropa bestimmte auch hier die politische Linie, und bundesdeutsche Industrielle begleiteten Willy Brandt 1970 zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrages. Wenn die DKP den österreichischen Kanzler Kreisky als eifrigen Ostpolitiker lobt, dann sollten wir nicht vergessen, daß Österreich fast ein Fünftel seines Außenhandels mit dem Osten abwickelt.

Nato und Europa

Die NATO beansprucht, ein Bündnis zur Verteidigung der Freiheit zu sein und hat doch die Militärdiktaturen in Portugal und Griechenland ebenso unterstützt wie jetzt das türkische Regime. Daher fordern manche einen Austritt aus der NATO und die Neutralität für die BRD. Doch die beste "Neutralität" würde im Falle eines Weltkrieges nichts zählen. Sie ist keine Garantie dafür, daß ein Staat von der nuklearen Katastrophe verschont bliebe. Viele Kollegen sind besonders angewidert von der blutbefleckten amerikanischen Tradition des Völkermordes. Die europäischen Kapitalisten sind auch keineswegs demokratischer und friedliebender als die amerikanischen. Doch sie waren früher als Kolonialherren und Steigbügelhalter faschistischer Regime nicht weniger zimperlich. Nicht "Euro-Neutralismus", sondern die Einheit der Arbeiter in Europa und Nordamerika muß deshalb die Forderung lauten.

Wer kontrolliert die Waffen?

Solange Waffen hergestellt und verbreitet werden, werden in einer Klassengesellschaft die Herrschenden immer wieder zu ihnen greifen, um ihren Willen gewaltsam durchzudrücken. Unser Ziel muß aber eine gewalt-

klassenlose Gesellschaft ohne Waffen sein. Dies können wir nur dann erreichen, wenn die Arbeiterbewegung die Kontrolle über die Herstellung und Verbreitung aller Waffen in die eigene Hand nimmt. Erst dann wird eine allgemeine und wirkliche Abrüstung möglich.

Den in der Rüstungsindustrie beschäftigten Kollegen darf die Friedensbewegung keine (auch nur unterschwellig) moralischen Vorwürfe machen, sie seien mitschuldig an der Unterdrückung der Arbeiter in Chile und anderswo. Wir werden auch ihren Kampf um die Verteidigung der Arbeitsplätze unterstützen. Diesen Kollegen müssen wir eine sozialistische Perspektive anbieten, um ihren Arbeitsplatz zu erhalten und die Produktion auf sinnvolle Güter umzustellen.

"Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

**Karl Liebknecht
1915.**

Das hohe atomare und sonstige Waffenpotential zeigt einen grundlegenden Widerspruch auf: die Entwicklung des Kapitalismus hat ungeheure Kräfte freigesetzt und eine Technologie geschaffen, die die Menschheit jetzt knallhart

vor die Alternative stellt: entweder bekommen wir diese Technologie in den Griff und nutzen sie planvoll zum Wohle der Menschheit aus, oder wir überlassen sie weiterhin dem chaotischen System der Kapitalisten (und den Ostblockbürokraten) und riskieren dadurch die Zerstörung aller menschlichen Kultur. Deshalb ist die Friedensfrage gleichzeitig eine Machtfrage.

Arbeiterbewegung

Und wenn schon viele Kollegen mit uns der Ansicht sind, daß letztlich nicht Unterschriften und Kundgebungen, sondern nur der geballte Druck der Arbeiterbewegung eine echte Abrüstung erzwingen kann — dann müssen wir sie fragen: warum sollen wir dann die breite Mobilisierung nur auf diese eine Frage der Abrüstung begrenzen? Warum nicht gleich weitergehen und das ganze kapitalistische System abschaffen und durch eine sozialistische Demokratie mit Arbeiterkontrolle und -verwaltung ersetzen?

Daß neben den vielen zehntausenden von Jugendlichen, Gewerkschaftern und Sozialisten auch viele Persönlichkeiten von außerhalb der Arbeiterbewegung und Abtrünnige aus bürgerlichen Parteien für Frieden und Abrüstung auf die Straße gehen, hat die bürgerlichen Politiker und Journalisten sehr empört. Dies darf aber keinesfalls heißen, daß wir uns solchen Leuten wie Mechttersheimer oder den verschiedenen Pastoren kritiklos unterzuordnen haben. Denn letzten Endes werden nicht Appelle und Demonstrationen über die Frage Krieg oder Frieden entscheiden, sondern der Ausgang der vor uns liegenden schweren Klassenkonflikte. Die Alternative heißt:

SOZIALISMUS ODER ATOMKRIEG!

Rosa Luxemburg:

»Friede bedeutet Weltrevolution«

Für Rosa Luxemburg (1871 — 1919), die hervorragende Vertreterin des marxistischen Flügels in der alten Sozialdemokratie, gab es keine künstliche Trennung zwischen dem Friedenskampf und dem Kampf um die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Aus der Erfahrung mit dem 1. Weltkrieg heraus warnte sie vor Illusionen in eine Friedenssicherung auf kapitalistischer Grundlage:

"Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn sich das Proletariat selbst aus dem jetzigen Weltkriege die geringste Illusion und Hoffnung auf die Möglichkeit einer idyllischen und friedlichen Weiterentwicklung des Kapitalismus retten würde."

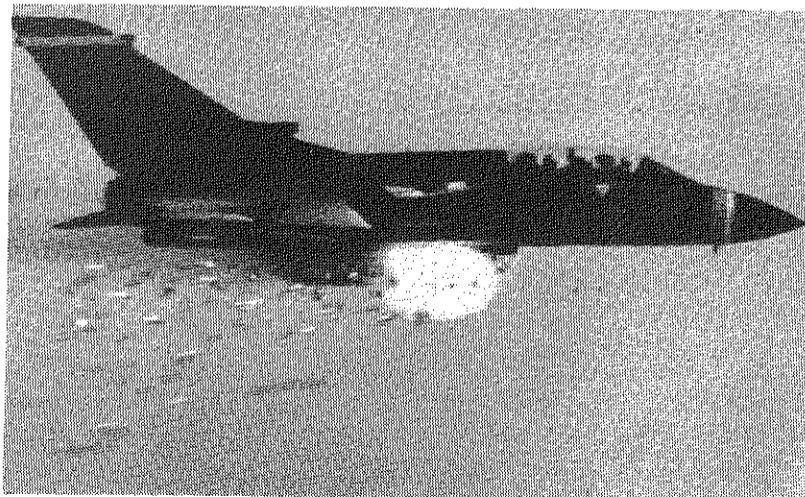
"Aber diese Politik kann nicht darin bestehen, daß die sozialdemokratischen Parteien jede für sich oder gemeinsam auf internationalen Konferenzen um die Wette Projekte machen und Rezepte für die bürgerliche Demokratie ausklügeln, wie diese den Frieden schließen soll, um die weitere friedliche und demokratische Entwicklung zu ermöglichen. Alle Forderungen, die etwa auf die völlige stückweise Abrüstung, auf die Abschaffung der Geheimdiplomatie, auf Zerschlagung aller Großstaaten in nationale Kleinstaaten und dergleichen mehr hinauslaufen, sind samt und sonders völlig



utopisch, solange die kapitalistische Klassengesellschaft das Heft in den Händen behält. Diese kann zumal unter dem jetzigen imperialistischen Kurs sowenig auf den heutigen Militarismus, auf die Geheimdiplomatie, auf den zentralistischen gemischt-nationalen Großstaat verzichten, daß die betreffenden Postulate eigentlich mit mehr Konsequenz allesamt auf die glatte 'Forderung' hinauslaufen: ABSCHAFFUNG DES KAPITALISTISCHEN KLASSENSTAATES."

"Friede bedeutet Weltrevolution des Proletariats! Es gibt keinen anderen Weg, den Frieden wirklich herzustellen und zu sichern, als den Sieg des sozialistischen Proletariats."

Kann ein 3. Weltkrieg verhindert werden?



Waffen, Armeen und Kriege sind so alt wie die Klassengesellschaften. Mit dem Staat haben sich die herrschenden Klassen ein Instrument geschaffen, um Macht und Besitz nach innen und nach außen hin abzusichern. Der "Staat" — das sind "besondere Formationen bewaffneter Menschen" samt ihren sächlichen Anhängseln (wie Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art). So drückten es Friedrich Engels und Karl Marx aus. Der Staat existiert, um die bestehende Gesellschaftsordnung im Interesse der Herrschenden zu verteidigen.

Im 1. Weltkrieg stritten sich die Kapitalisten um Absatzmärkte, Kolonien und Rohstoffe. Diesen Krieg mußten die Herrschenden 1918 wegen der revolutionären Stimmung unter den europäischen Arbeitern (die durch den Krieg selbst hervorgerufen worden war!) rasch beenden. Außer in Rußland siegte jedoch die Arbeiterklasse in der durch den Weltkrieg verursachten europaweiten revolutionä-

ren Welle in keinem einzigen Land. In den 20er und 30er Jahren erlitt die internationale Arbeiterbewegung demoralisierende Niederlagen (Italien, Deutschland, Spanien, Österreich...) Erst diese Niederlagen machten den Weg frei für das Massenmorden des 2. Weltkrieges. Aus diesem Krieg ging jedoch der Imperialismus geschwächt hervor: Er verlor halb Europa und in den Jahren seither auch China und etliche andere Länder der "Dritten Welt". Das internationale Kräfteverhältnis hat sich zu ungunsten des Imperialismus verschoben. Daran können auch noch so scharfe Worte der US-Regierung nichts ändern.

Natürlich ist die Gefahr eines erneuten Weltkrieges grundsätzlich nicht gebannt, solange der Kapitalismus weiterbesteht. Aber die herrschende Klasse weiß, daß sie bei dem heutigen internationalen Waffenpotential höchstwahrscheinlich einen Weltkrieg nicht überleben würde. Und selbst wenn sich die Herren und Da-

men in Atombunkern verkriechen würden und eine theoretische Überlebenschance hätten — wer soll dann noch für das Kapital arbeiten, wenn wir — die Arbeiter — alle ausgerottet sind?

Solange in den westlichen Industrieländern noch eine bürgerliche parlamentarische Demokratie herrscht, wird dieses System der "Gewaltenteilung" mit seiner gegenseitigen Kontrolle verhindern können, daß einzelne hochgestellte Personen im Staats- und Militärapparat "durchdrehen" und "durch Knopfdruck" den heißen Atomkrieg auslösen. Es steht für die Kapitalisten zu viel auf dem Spiel, als daß sie nicht durch ein ausgeklügeltes Kontrollsystem einem "Weltkrieg aus Zufall" vorbeugen würden.

Ein "begrenzter" und "führbarer" Atomkrieg mag durchaus in den Hirnen militärischer Fachidioten und rechter Politiker herumspuken. Doch selbst wenn dies technisch machbar wäre, ist es politisch völlig unvorstellbar, daß sich die amerikanischen Kapitalisten vor den Augen ihrer Bevölkerung und vor den Völkern der "verschonten" Welt die atomare Zerstörung der Sowjetunion und anderer Länder leisten könnten. Das würde zu Generalstreiks und revolutionären Situationen führen und wäre somit der politische Selbstmord des Imperialismus!

Mit dem zunehmenden wirtschaftlichen Niedergang des Kapitalismus werden sich in den nächsten Jahren die Klassenkämpfe in allen westlichen Ländern verschärfen. Die Arbeiterklasse wird wiederholt die Chance haben, den Kapitalisten die Macht zu entreißen und eine sozialistische Demokratie zu erkämpfen.

Wenn sie aber diese Gelegenheiten verpaßt, dann droht eine Niederlage für die Arbeiterbewegung und die Machtergreifung einer brutalen Militärdiktatur. In ihrer Verzweiflung könnte die herrschende Klasse die Macht einigen blutrünstigen Generalen in die Hand geben.

Ein Hitler oder ein Pinochet, der Zugang zum atomaren Waffenpotential hat, könnte den "atomaren Erstschlag" und den "totalen Krieg" anordnen — und damit die Zerstörung der gesamten Menschheit in greifbare Nähe rücken.

Deshalb ist für die Zukunft der gesamten Menschheit von entscheidender Bedeutung: Wird die Arbeiterklasse aus den in den nächsten beiden Jahrzehnten unvermeidlich ausbrechenden Klassenkämpfen siegreich hervorgehen? Wird sie den Übergang zu einer weltweiten sozialistischen Demokratie vollbringen, um dann eine 100%ige Abrüstung durchführen zu können und Kriege aller Art in die Vergangenheit zu verbannen?

Wusstet Ihr schon

In der auf dem Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongreß 1907 einstimmig angenommenen Resolution gegen den Militarismus heißt es am Schluß:

"Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Afrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

VORAN

Profite für die Konzerne - Verschwendung von Arbeitskraft und Material

Gibt es wirklich einen Rechtsruck in den USA?

Nach dem Wahlsieg Reagans in den USA haben sich viele Gewerkschafter und Sozialisten gefragt, ob ein neuer internationaler Rechtsruck begonnen hat. Vor allem die kriegslüsternden und säbelrasselnden Äußerungen des US-Präsidenten und seines Außenministers Haig über die internationale Lage und den Frieden haben große Besorgnis ausgelöst. Sind die Reagan-Administration und ihre Hintermänner wirklich so stark wie sie vorgeben?



REAGAN: Mit Wilwest-Methoden läßt sich die Arbeiterbewegung nicht in Schach halten.....

Wie schon Carter nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, so versucht auch Reagan, mit außenpolitischen Manövern und Phrasendrescherei von den innenpolitischen Problemen (Massenarbeitslosigkeit, sinkender Lebensstandard, Kahlschlag bei den Sozialleistungen, elende Lebensbedingungen für Schwarze und andere Minderheiten) abzulenken. Doch eine derart schwache und immer unpopulärer werdende Regierung wird nie die Bevölkerung für waghalsige und kostspielige Kriegsabenteuer begeistern können.

Die USA mußten sich 1974/75 vor allem auch deshalb aus Vietnam zurückziehen, weil die Disziplin in der Truppe total zerfallen war und die Kriegsmüdigkeit zu einer Massenprotestbewegung in den USA geführt hatte. Sollten es Reagan, Haig und Co. dennoch versuchen, durch militärischen Einsatz in der Karibik, in Mittelamerika, in der arabischen Wüste oder sonstwo die Interessen der herrschenden Klasse zu sichern, werden sie über kurz oder lang am Widerstand der betroffenen Arbeiter und Bauern wie auch der amerikanischen und internationalen Arbeiterbewegung kläglich scheitern. Und in den USA werden in den 80er Jahren nicht "Rechtsruck" und "Kriegsvorbereitung" vorherrschen, sondern ein Wiedererwachen der kämpferischen Traditionen der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften werden frischen Zulauf bekommen, und aus ihnen heraus wird sich eine Arbeiterpartei bilden.

Spätestens die große Demonstration am 19. September 1981 in Washington hat das Märchen vom "breiten Zuspruch" zerstört, den Reagan angeblich unter den kleinen Leuten gefunden haben soll: eine halbe Million Menschen aus allen Teilen des Landes marschierten unter Führung des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO durch die Hauptstadt. Die Betroffenen der Reagan'schen Sparpolitik - Arbeiter, Angestellte, Umweltschützer, Schwarze, Bürgerrechtler, Fraueninitiativen, Bauern, Studenten - sie alle bekundeten ihre Unzufriedenheit mit der hohen Arbeitslosigkeit. Reagan hat es in nur acht Monaten Amtszeit geschafft, die größte Demonstration in der Geschichte der USA zu provozieren.

Die Wahl Reagans zum US-Präsidenten war ohnehin schon eher eine Anti-Wahl gewesen. Bei einer Wahlbeteiligung von etwa 50% der eingeschriebenen Wähler hatte Reagan nur knapp über 50% der Stimmen erhalten, d.h. kaum mehr als ein Viertel hat ihn wirk-

lich gewählt. Hinzu kommt, daß Teile der ärmeren Bevölkerung der Südstaaten gar nicht in das Wahregister eingetragen sind.

Reagans "Sieg" war in erster Linie Ausdruck des Protests gegen die Wirtschaftspolitik seines Vorgängers Carter, der 1976 mit großen Reformervorstellungen gewählt worden war und einen Scherbenhaufen hinterlassen hatte. Weil es in den USA keine traditionelle, in der Arbeiterklasse verankerte linke Massenpartei gibt, konnte Reagan die Unzufriedenheit, hauptsächlich unter den Wählern aus den Mittelschichten, auffangen.

Gewerkschafter ergreifen die Initiative: Alternativen zur Rüstungsproduktion

Daß Rüstungsbetriebe ohne weiteres auf zivile Produktion umgestellt werden können, ist längst bewiesen. Das beste Beispiel dafür lieferte bisher die Belegschaft des britischen Rüstungskonzerns LUCAS-AEROSPACE. Als der Konzern Ende der 60er Jahre in eine Krise geriet und die Arbeitsplätze bedroht waren, ergriff der gewerkschaftliche Vertrauensleute-Körper die Initiative: er arbeitete unter Beteiligung aller Beschäftigten einen Plan für eine alternative Produktion aus. In kurzer Zeit waren bei LUCAS-AEROSPACE Ideen für 150 verschiedene Produkte entstanden, die mit den vorhandenen Maschinen und Fertigkeiten hergestellt werden konnten. Zu den Produktionsvorschlägen gehören medizinische Geräte, verbesserte und billigere künstliche Nieren, neuartige Energiespeicher, Wärmepumpen mit hohem Wirkungsgrad, ein Universal-Antriebsaggregat für verschiedene Fahrzeugtypen mit um 50% verringertem Treibstoffverbrauch und erheblich geringerer Lärmentwicklung, ferngesteuerte Roboter und Tiefsee-Forschungsgeräte. Einige Prototypen sind bereits in Erprobung.

Kollegen von MaK Kiel, die den Panzer "Leopard 2" mitbauen müssen, haben bereits folgende alternativen Produkte in die Diskussion gebracht: führerlose Lokomotiven, Meerestechnik zur Mangan-Knollen-Förderung und eine Bananen-Pflück-Maschine. So produktiv diese Vorschläge sind, werfen sie doch unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen entscheidende Fragen auf.

Die Arbeiter bestimmen nämlich nicht selbst, was produziert wird. Außerdem sind die vorgeschlagenen Maschinen oft "Jobkiller" in den entsprechenden Branchen. Das ist auch den Kollegen von MaK Kiel bewußt. Wegen der drohenden Arbeitslosigkeit für Tausende von Landarbeitern in der Dritten Welt wollen sie die Idee der Bananen-Pflück-Maschine nicht mehr weiterverfolgen. Dasselbe Problem stellt sich natürlich bei der führerlosen Lokomotive.

DM Steuergelder verschlungen hatte, wurde es eingestellt.

Waffensysteme werden auf Bestellung produziert. Sie haben keinen Marktpreis. Dem Rüstungskonzern werden alle entstandenen Kosten zurückerstattet. Zusätzlich wird ein Gewinnaufschlag von 2,5% bis 5% der Nettoselbstkosten bezahlt. Je höher also die Selbstkosten, desto höher der Profit. Und wer kann die Selbstkosten schon kontrollieren? Wen wundert's, wenn das neue Kampfflugzeug MRCA Tornado bei Produktionsbeginn auf 26,4 Millionen DM veranschlagt wurde und jetzt bereits 80 Millionen kosten soll?

Mit Waffen läßt sich bei der hohen Weltnachfrage natürlich auch im Export ein Geschäft machen. Dabei kümmern sich die Konzerne auch nicht um die sozialen und politischen Verhältnisse in diesen Ländern. Sie liefern an Militärdiktaturen wie auch an jedes Lager von befeindeten Staaten (Beispiel Araber- und Südkorea, Israel und Nord- und Südamerika). Ein Bielefelder Unternehmen lieferte sogar an die Sowjetunion Maschinen zur Waffenproduktion.

1978 war die BRD mit einem Umfang von 1,4 Milliarden US-Dollar fünfgrößter Waffenexporteur.

Die BRD hat die höchsten Zuwachsraten im Waffenexport. Seit die allgemeine Wirtschaftskrise auch die Rüstungsindustrie erfaßt hat, verlangt die Rüstungslobby (und leider auch rechte Betriebsräte) die Freigabe von Exportbeschränkungen im Waffenhandel.

Dabei haben die Bosse längst Wege gefunden, die Exportschranken zu umgehen: über Lizenzproduktion im Ausland, Gemeinschaftsproduktion mit ausländischen Rüstungsbetrieben und durch Zweigwerke im Ausland. So konnte Messerschmidt-Bölkow-Blom über eine französische Tochterfirma von 1977 bis 1979 ca. 32.000 Panzerabwehraketen an die Welt verschachern.



Die Produkte der Rüstungsindustrie tragen nichts - absolut nichts! - zum persönlichen Wohlstand jedes Einzelnen bei. Bomben kann niemand essen, Napalm niemand trinken, chemische Waffen düngen keine Felder, Panzer sind keine Vergnügungskutschen und Düsenjäger sind keine Massentransportmittel. Rüstungsproduktion ist Produktion für den Schrottplatz.

Rüstungsindustrie und Bundeswehr entziehen ca. 5% der arbeitsfähigen Bevölkerung einer wirklich produktiven Tätigkeit. Sie müssen von den übrigen 95% der Erwerbstätigen mitversorgt werden.

Mehr als eine halbe Million Wissenschaftler und Techniker arbeiten weltweit für die Waffentechnik. Das ist ca. die Hälfte des gesamten wissenschaftlichen Personals.

In einem Land mit einer starken Rüstungsindustrie ist oftmals das reine Profitinteresse der Rüstungskonzerne ausschlaggebend für Rüstungsaufträge.

So war die Produktion von Starfightern selbst nach Aussage des damaligen Verteidigungsministers Strauß militärisch völlig unnötig. Trotzdem wurden sie gebaut.

1958 lief bei der Rüstungsfirma Dornier die Produktion des Flugzeuges D027 aus. Da kein Anschlußauftrag vorhanden war, forderte Dornier von der Regierung den Auftrag zur Entwicklung eines Senkrechstarters. Der Bedarf dafür war aber bei der Bundeswehr nicht vorhanden. Nach dem Projekt 2 Milliarden

IMPRESSUM: VORAN
Überregionale, marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften.
Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75,
5630 REMSCHEID
Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Gerd Öfinger
Druck: Gegendruck, Essen

Wir fordern:

- Unser Programm heißt den Stop der Rüstungsproduktion für den Rest der Welt.
- Verstaatlichung der Rüstungs- und Atomindustrie.
- Leitung der Betriebe durch demokratisch gewählte Aufsichtsräte, die sich etwa wie folgt zusammensetzen können:
 - ein Drittel Vertreter der Belegschaft;
 - ein Drittel Vertreter des DGB;
 - ein Drittel Vertreter des Staates.
- Die Aufsichtsratsmitglieder dürfen nicht mehr verdienen als ein Facharbeiter und müssen jederzeit wieder abwählbar sein.
- Sofortiger Stop aller Rüstungsexporte.

greifbare Beispiele (Mikroprozessoren) in greifbare Nähe.

Es erfordert aber die Ablösung des privatkapitalistischen Profitsystems durch eine Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.

- Radikale, einseitige und bedingungslose Abrüstung aller Atomkraftanlagen.
- Stillelegung aller atomtechnischen Anlagen.
- Umstellung der Rüstungsindustrie auf alternative und gesellschaftlich nützliche Produktion.
- Keine Entlassungen. Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle arbeitsfähigen Menschen. 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust für alle.
- Auflösung der Bundeswehr und Einsatz aller Soldaten und Bundeswehrbeschäftigten bei produktiver Arbeit und bei einem garantierten Mindestlohn von 1.500,- DM für alle.

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren...
und habe 7,- DM auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Öfinger, Pscha Essen 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. ___ erfolgt nach Zahlungseingang.

Name: _____
Adresse: _____
Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75